

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (inkl. Post) 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 699, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-Alt, Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuformatierte Doppelseite oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeitung anschließend an den dreißigsten Teil einer Tageszeitung 1,25 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Dienstag, den 28. Juni 1927 Nummer 148

Neues Attentat in Moskau

Der Vorsitzende des Kriegstribunals Orlow schwer verwundet

Aus Moskau wird gemeldet:
Die Reihe der Attentate gegen die Sowjetunion ist um einen neuen Anschlag vermehrt worden. Am Sonnabend wurde während einer Sitzung des Moskauer Kriegstribunals der Vorsitzende des Militärgerichtes Orlow durch einen Revolvererschuss schwer verwundet. Der Attentäter wurde verhaftet und eine strenge Untersuchung nach den Mitschuldigen und zur Aufklärung der Motive des Attentats eingeleitet.

Die Zeitung berichtet heute morgen folgende Einzelheiten über das Attentat: Einem jungen Manne soll es gelungen sein, in den Sitzungssaal des Tribunals einzudringen und der Verhandlung gegen vier frühere Offiziere beizuwohnen. In dem Augenblick, als Orlow das Urteil verkündete, schloß der Unbekannte auf den Vorsitzenden und warf gleichzeitig eine Steinbohrer. Seine Flucht wurde durch Beamte der GPU verhindert. Er wurde sofort verhaftet. Der Attentäter weigerte sich seine Personalien anzugeben.

Die Feinde der Sowjetrepublik haben ein neues Opfer gefunden. Die Schüsse auf den Genossen Orlow wurden ebenso wie die übrigen Anschläge auf die Sowjetführer ausgeführt im Auftrag der englischen Kriegstreiber. Die bezahlten Agenten der englischen Diehards setzen ihre Terrorakte fort, derweil Herr Chamberlain den deutschen

Außenminister im Reichstag Friedensreden halten läßt und die SPD-Presse die Streikemanischen Phrasen mit Freuden aufgreift, um die Arbeiterschaft zu verwirren. Die deutsche bürgerliche Presse benutzt das Attentat, um erneut ihre Liebesdienste Herrn Chamberlain zu beweißen. Als erstes Blatt nimmt heute morgen die Völkische Zeitung zu diesem Attentat Stellung. Sie muß zwar zugeben, daß infolge fehlender Einzelheiten „Schlüsse auf die Hintergründe des Nordversuches vorläufig nicht möglich“ sind. Das hindert aber das Blatt nicht, in der Manier der SPD-Presse die Sowjetunion zu begeißeln und eventuelle Verteidigungsmaßnahmen der Sowjetregierung als „durch die Lage im Innern bedingt“ zu denunzieren. Die Völkische Zeitung bringt die eventuellen Abwehrmaßnahmen der Sowjets mit dem Konflikt der Parteileitung der KPD und Opposition in Verbindung und glaubt die Maßnahmen der Sowjetregierung als ein taktische Manöver hinzustellen, mit dem der Opposition der Wind aus den Segeln genommen werden soll. Das behauptet die Völkische Zeitung zur gleichen Zeit, da ein anderes Blatt des Alltagsverlages, die VZ am Mittag, Mitteilungen aus London veröffentlicht, die eindeutig die Kriegsvorbereitungen der Diehard-Regierung erkennen lassen, den Aufmarsch der Konterrevolution gegen die Sowjetunion zu beschleunigen.

Die Arbeiterschaft wird sich diese Tatsachen merken. Jeher denn je muß die Rote Front um die Sowjetunion gekämpft werden. **Vollste Solidarität mit der chinesischen und russischen Revolution! Unerbittlicher Kampf gegen die Imperialisten und ihre Helfershelfer.**

Die Lage in China

Moskau den 27. Juni.
Im rasenden Tempo, in dem sich die Ereignisse in China entwickeln, kommt die Tiefe und der Schwung der Revolution am klarsten zum Ausdruck. Kaum anderthalb Jahre trennen uns vom Beginn des Nordfeldzuges, der die nationale Armee aus den Grenzen von Kwantung in das Tal des Jangtse hinausführt. Wieviel geschah in diesen wenigen Monaten, welche ungeheure Wandlungen in den Beziehungen der Klassenkräfte, wie sehr ist der Maßstab gewachsen, mit dem wir jetzt an die Abklärung der Lage herantreten. In dieser Zeit sind Wupeifu, Suntschuanfang und Tschangtschuntschan, einer nach dem andern, geschlagen worden. Neue Millionenmassen von Arbeitern und Bauern sind in den revolutionären Kampf eingetreten. Das mächtige Anzeichen der Arbeiter- und Bauernbewegung einerseits, der offene und harte Druck der Imperialisten andererseits, beschleunigten die Differenzierung innerhalb des nationalrevolutionären Lagers. Tschangtschuntschan hat Verrat geübt, und mit ihm ist die Bourgeoisie, die bislang die führende Rolle spielte, in das Lager der Konterrevolution abgewandert. Die Hegemonie übernimmt immer mehr und offensichtlicher die Arbeiterschaft. Aber gleichzeitig komplizieren sich die Methoden ihres Kampfes. Die Wuhan-Regierung und die Kuomintang haben jetzt vor der Notwendigkeit, nicht an einer, sondern an zwei Fronten zu kämpfen: gegen Peking und gegen Kanton. Gleichzeitig sucht die revolutionäre Lösung der Agrarfrage, die von unten, von den Bauernverbänden vorgenommen wird, eine weitere Spaltung in den Reihen von Wuhan nach sich. Es entbrannte der konterrevolutionäre Offiziersaufstand in Tschangtschun.

Dieser hässliche Wechsel der Ereignisse und Situationen vollzieht sich auf einem außerordentlich bunten Hintergrund, in einem Lande, wo gleichzeitig mit den neuen, modernen Methoden der kapitalistischen Ausbeutung noch die Überreste des wildsten Feudalismus bestehen, wo in einem außerordentlich komplizierten System die verschiedensten Verhältnisse nebeneinander vorhanden sind. Zwischen Schanghai und irgendeinem Stützpunkt liegt nicht nur 100 Kilometer Entfernung, sondern auch Jahrhunderte ökonomischer Entwicklung. Diese ungeheure Buntheit der vorhandenen Gesellschaftsformen, die große Ungleichheit in der Entwicklung der verschiedenen Provinzen und Gegenden, der ungeheure Unterschied in dem Maß der Abhängigkeit von den Imperialisten, von dem Außenhandel, vom Markte überhaupt, alles das bringt auch eine große Vielfältigkeit der Interessen, eine große Anzahl von Interessengruppen und Schichten mit sich. Das muß besonders in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung, in der die Umgruppierung der Klassenkräfte noch lange nicht beendet ist, in Betracht gezogen werden muß.

Die Kraft der Kleinbourgeoisie ist die Kraft des Schwankens. Dieser Satz Lenins angewendet auf das gegenwärtige China bedeutet, daß man nicht damit rechnen darf, daß der Abfall Tschangtschuns der letzte gewesen wäre, daß sein Übergehen auf die Seite der Konterrevolution eine endgültige Grenzlinie zwischen den Kräften für und gegen die bürgerlich-demokratische Revolution bedeutet. Im Gegenteil, der Inhalt der bürgerlich-demokratischen Revolution wird mit jedem Tag tiefer und bestimmter. Dies macht die weitere Differenzierung im Wuhan-Lager unvermeidlich. Die intellektuellen radikal-bürgerlichen Elemente der Kuomintang können ihrem Klassencharakter nach nur schwanken, sie können keine entscheidende und sichere Linie einnehmen. Wir müssen daher auf neuen Verrat, auf neuen Abfall gefaßt sein. Die Augen vor dieser Perspektive zu verschließen, wäre ebenso sinnlos, wie durch sie in eine Paßsicherstellung zu verfallen.

Tschangtschun hat offen Verrat geübt. Aber eine ganze Reihe ihm nächstehender Schichten befindet sich noch in der Kuomintang. Der Schwung der Arbeiter- und Bauernbewegung zog schon in ihrer ersten Periode den Abfall der Bourgeoisie nach sich. Die mächtige Entfaltung der Agrarrevolution von unten muß ein weiteres Abfallen der Bourgeoisie am nächsten liegenden Gruppen zur Folge haben. Der Offiziersaufstand in Tschangtschun hat in diesem Sinne eine symptomatische Bedeutung. Die Offiziere der Wuhan-Armee, die zum großen Teil selber Großgrundbesitzer sind, sind gegen die revolutionären Bauern aufgetreten, die sich dazu entschlossen hatten, den Grund und Boden und die Macht in ihre eigenen Hände zu nehmen. Der soziale und politische Sinn dieses Auftretens der Offiziere war im Grunde der gleiche, wie beim Umsturz Tschangtschuns.

Für die Halbheit, Unentschlossenheit und Charakterlosigkeit der Kleinbourgeoisie ist jedoch außerordentlich bezeichnend, daß die Kuomintang und die Wuhan-Regierung die Konterrevolution in Tschangtschun nicht im Reine zu existieren vermochten. Als der Moment kam, nicht in Worten, sondern in der Tat für die Agrarrevolution einzutreten, haben die Kleinbürgerlichen Führer offen gezeigt, daß ihre Kraft — die Kraft des Schwankens ist. Und darin liegt die außerordentliche Gefahr für die chinesische Revolution.

„Die Kraft des Schwankens“ vieler politischer und besonders der Führer von Wuhan, wird durch den folgenden Umstand noch verschlimmert. Der Nordfeldzug wurde eingeleitet im Bloke mit der Bourgeoisie und unter ihrer Führung als ein Krieg gegen die Imperialisten und die nördlichen Militärischen. Inzwischen vollzog sich die Differenzierung im nationalen Lager

Sozialdemokratie und Zollfrage

Um den Kampf gegen das geplante Zollattentat des Bürgerblocks durchzuführen zu können, ist es in erster Linie notwendig, sich darüber klar zu sein, mit welchen Methoden die Arbeiterschaft diesen Kampf führen kann und welche Ziele sie sich dabei zu setzen hat. Die Sozialdemokratie sucht sich wieder als die Führerin des Kampfes gegen den Zollwucher anzupositionieren. Es ist also für die Arbeiterschaft von höchster Bedeutung, über die grundsätzliche und taktische Einstellung dieser Partei zur Zollfrage Klarheit zu schaffen.

Die prinzipielle Einstellung der Sozialdemokratie zur Zollfrage hat auf dem Kieler Parteitag eine neuerliche Klärung erfahren. Hilferding sprach sich in seinem Referat ausdrücklich für Industriezölle aus, bejahte also das Bedürfnis des deutschen Imperialismus, durch Zollmauern die nötige Deckung für seine Expansion zu beschaffen, die Preise auf dem Innenmarkt hochzuhalten, um auf dem Weltmarkt eine Schleudertournee (Dumping) durchführen zu können. Lebensmittelszölle sind genau so wie Industriezölle ein notwendiger Bestandteil jeder imperialistischen Wirtschaftspolitik — wer für die einen ist, kann nicht ernstlich gegen die anderen sein. Tatsächlich erkennt der auf dem Kieler Parteitag einstimmig angenommene Entwurf eines Agrarprogramms grundsätzlich den bürgerlichen Schwindel an, als ob die breiten Bauernmassen an hohen Lebensmittelpreisen interessiert seien, erklärt es ausdrücklich für notwendig dem Produzenten „stabile Preise und so einen angemessenen Ertrag seiner Arbeit“ (beziehungsweise der Arbeit der von ihm ausgebeuteten) zu sichern — was in Wirklichkeit nicht im Interesse der Kleinbauern liegt (die an niedrigen Lebensmittelpreisen und Industrieproduktenpreisen interessiert sind), sondern nur im Interesse der Junker und Großbauern. Als Mittel zu diesem Ziele lehnt das Agrarprogramm der SPD zwar mit Rücksicht auf die Stimmung der Arbeitermassen die Schutzzölle ab, fordert aber ein staatliches Lebensmittelschuttsmonopol, das unter Aufsicht der Regierung (also gegenwärtig der Deutschnationalen) die Lebensmittelpreise entsprechend „regulieren“ soll. Praktisch würde das auf nichts anderes herauskommen, als die Schutzzölle — wenn es unter den heutigen politischen Machtverhältnissen überhaupt durchzuführen wäre. Aber die sozialdemokratischen Führer wissen sehr wohl, daß die momentane Verwirklichung ihres Staatschuttsmonopols ausgeschlossen ist — es dient tatsächlich nur als Mantel, unter dem sich die prinzipielle Zustimmung der Sozialdemokratie zum Zollwucher verbirgt.

Nur so ist es zu verstehen, wenn für das Kieler Agrarprogramm auch solche Sozialdemokraten, die wie Schippel und Engler, sich in ihren Artikeln in den Sozialistischen Monatsheften ausdrücklich für Schutzzölle erklärten. Der Geist dieser Leute unterscheidet sich tatsächlich in keiner Weise von dem jener Junker, die ihre Zollforderungen offen mit dem Wunsche nach der „gesicherten Lebensmittelversorgung Deutschlands im Kriegesfall“ begründeten. Engler schreibt zum Beispiel:

„Wir haben durch die technischen und chemischen Hilfsmittel die Möglichkeit, unsere landwirtschaftliche Produktion so zu erhöhen, daß wir uns mit Getreide, Fleisch, Fett usw. in der Hauptache selbst versorgen können. Unser Ziel muß auch auf diesem Gebiete eine gesunde Bedarfswirtschaft sein. Wenn eine dem notwendigen Verbrauch angepasste inländische Erzeugung nicht anders zu erreichen ist, dann muß man ihr eben staatlichen Schutz und staatliche Förderung gewähren. ... Ob für bestimmte Agrarprodukte Schutzzölle er-

forderlich sind, sollte rein sachlich vom Produzentenstandpunkte aus untersucht, nicht einem imaginären Konsumenteninteresse zuliebe verneint werden.“

Es ist klar, daß eine Partei, die solche Leute in ihren Reihen zählt und mit ihnen bei der Abfassung ihres Agrarprogramms übereinstimmt, keinen grundsätzlichen Kampf gegen den Zollwucher führen kann.

Tatsächlich ist die ganze sozialdemokratische Praxis auch in Zollfragen aufgebaut auf dem berühmten Prinzip des „geringsten Übels“ — das heißt sie sucht mit einem „vernünftigen“ Teile der Bourgeoisie zur Beschränkung der Zölle auf ein möglichst geringes Maß Kompromisse zu schließen, beziehungsweise zur Erzielung irgendwelcher sonstiger Ruhmdeuserfolge sich direkt mit den Junkern zu verständigen. Charakteristisch dafür war schon das Verhalten der SPD bei der Schöpfung des heutigen Zollsystems im Jahre 1925 (und insbesondere die Abstimmung von Braun, Brüning usw. im Reichsrat für das Einfuhrzollsystem, die dem Kauf deutschnationaler Stimmener für die Locarnopolitik diente). Während der Rückwärtsbildung im Juni 1925 verhandelte die SPD mit Zentrum und Demokraten zwecks Beschränkung der Zollhöhen auf ein möglichst erträgliches Maß und die Sache scheiterte nur an der Zuspitzung der Parteienfrage. Der Vorwärts vom 1. Dezember 1926 erklärte sich „im Interesse der Produzenten“ für eine Erhöhung des Zuckerzollens um 5 Mark (wie sie jetzt tatsächlich geplant ist), falls die Zuckersteuer entsprechend ermäßigt werde — erkannte also prinzipiell die Junkerlichen Phrasen an, als ob Zollschutz im Interesse der Bauernmassen liege. Auch in den letzten Wochen suchte der ADGB, mit dem Ktegerwald und Konsorten ein gemeinsames Vorgehen „gegen“ die neuen Zölle zu verabreden und war sogar bereit, diesem Kompromiß das soziale Getriebskontingent (also die einzige Preisquelle breiter Arbeitermassen) zu opfern.

Jedem Arbeiter wird es klar sein, daß solche „Kompromisse“ nur dazu dienen, die außerparlamentarische Schlagkraft der Massen zu hemmen — also die einzige Kraft zu untergraben, die ernstlich dem Zollwucher in die Arme fallen kann. Er wird sich darüber klar sein, daß der Kampf gegen den Zollwucher nur geführt werden kann im Zeichen der entschlossensten außerparlamentarischen Massenmobilisation, unter Führung der Kommunisten.

Der Mieterschutz in Gefahr

Die bestehenden Gesetze in reiner Moral verlängert

Berlin, 28. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Bürgerblockregierung hat vor wenigen Tagen dem Reichsrat einen Gesetzentwurf eingereicht, der neben der Verlängerung der Mietergesetze bis 1929 große Verschlechterungen vorsieht. Der Reichsrat hat die größte Verschlechterung gefürchtet, nach der eine einfache Kündigung des Hauspachtes zum Herauswurf genügt hätte. Die Reichsregierung hat daraufhin dem Reichsrat einen neuen Gesetzentwurf eingereicht, nachdem die beiden Mietergesetze unverändert nur um 1 Monat verlängert werden sollen. Der Reichsrat hat gegen diesen Vorstoß protestiert. Das bestehende Mieterschutzgesetz wird also nur um 1 Monat verlängert. Die Marx-Regierung hat innerhalb dieses Monats die Möglichkeit, die größten Verschlechterungen durchzuführen zu können.